

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20 bzw. 1.40 M. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einseitige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 M.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 31

Donnerstag, den 27. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Truppenkonzentration Die Leipziger Volkszeitung meldet: Außer den Freiwilligen von Bernau, die zum Zwecke reaktionärer

Machinationen und noch für andere Zwecke nach Berlin geschickt worden sind, ist auch die in Schlesien stehende Infanterie-Division, die unter durchaus reaktionärer alldeutscher Führung steht, nach Berlin in Bewegung gesetzt worden.

Gleichzeitig erfahren wir aus äußerst zuverlässiger Quelle, daß die deutsch-baltischen Truppen von Bernau, deren Abtransport nach Deutschland bevorsteht, in Mitteldeutschland, voraussichtlich in der Gegend von Merseburg konzentriert bleiben sollen. (1) Die Vorbereitung eines reaktionären Staatsstreichs erfolgt also ganz faktisch, ohne daß die Regierung den Mut hat, einzuschreiten.

Die agrarischen Verbrecher. Der englische Professor Starling hat eine Denkschrift über die Auslieferung von 140 000 Milchkuhen von Deutschland an die Entente verfaßt. In der Denkschrift sind zwei Sätze enthalten, die eigentlich das Herz jedes deutschen Bauern und Gutsbesizers erstarren läßt.

1. Jedes Liter Milch pro Tag, das Deutschland verloren geht, bedeutet den Tod eines Kindes! 2. In Dortmund kann (wie eine englische Kommission feststellte) jedes fünfte Kind zwischen zwei bis sieben Jahren nicht laufen, und viele werden immer Zwerge bleiben!

Das rechtssozialistische Hamburger Echo schreibt dazu:

„Die entsetzliche Unterernährung unserer Kinder und Kranken mit Milch ist es in erster Linie, die solche furchtbaren Entartungsstadien herbeiführt. Und was sehen wir in den deutschen Dörfern? Dort wird Tag für Tag Milch literweise, zehn Liter, zwanzig Liter, in den Schweinetrog geschüttet, damit die deutschen Ferkel gedeihen. Die deutschen Kinder können ja sterben oder in Rachitis (englische Krankheit, Knochenweichheit, Gliederverkrümmung) verkrüppeln! In die Städte kommt die Milch nur tropfenweise. Kann man die Grausamkeit gegen das eigene Volk weiter treiben? Wir hätten deutsche Milch genug für die Kinder und Kranken der deutschen Städte, aber sie wird nicht ausgeliefert. Aus Dänemark und Holland sind wir gezwungen, für ein Sündengeld das Notwendigste einzuführen. Wie lange wird das deutsche Volk solche Zustände ertragen?“

Worauf zu antworten ist: Solange es sich noch eine Regierung gefallen läßt, die die revolutionäre Arbeiterkraft durch Belagerungszustand und Noske'sche Knebel, gegen die Wuchererhände der Agrarier aber nicht tatkräftig vorzugehen wagt.

Aus der Haft entlassen. Die während des Belagerungszustandes verhafteten und dann nach dem Zuchthaus Wehlheiden bei Rassel verschleppten 7 Genossen aus Suhl und Heinrichs sind entlassen worden, nachdem sowohl die Verteidigung als auch die Parteiorganisation energisch Einspruch gegen die grundlosen Verhaftungen erhoben haben.

Wieder Gefangenenmeuterei. In der Nacht zu Montag versuchten die Gefangenen der Strafanstalt Jätershausen abermals auszubrechen. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Wächter konnte ein Ausbruch aller Strafgefangenen verhindert werden.

Ueber den Vorgang wird uns folgendes mitgeteilt: Die im Lazarett untergebrachten Gefangenen hatten die einzelnen kontrollierenden Wächter nach einander überwältigt, ihnen die Schlüssel abgenommen und sie in eine Zelle eingesperrt. Sie bestanden nunmehr den Haupteingang und befreiten die übrigen Gefangenen. Dadurch, daß sich die Meuterer auf dem Hofe ankündeten, wurde ein dienstfreier Wächter aufmerksam und alarmierte die übrigen Wächter, welche nunmehr durch die Kirche in die Strafanstalt einbrangen und nach kurzer Zeit die Gefangenen überwältigten. Insgesamt sollen etwa 6-8 Strafgefangene in dem Durcheinander entkommen sein. Dadurch, daß die Waffen der Aufseher nicht in der Strafanstalt aufbewahrt wurden, wie dies bei der letzten Meuterei der Fall war, konnten sich die Gefangenen nur die Waffen der überwältigten Aufseher aneignen und wurde hierdurch der Aufstand schnell niedergeschlagen. Bei der Schießerei wurde ein Aufseher verwundet.

Das hungernde Wien. Als der erste holländische Nahrungsmittelhilfszug (dreizehn Wagen) mit Kaffee, Reis und kondensierter Milch für Kinder, stillende Mütter, Kranke und Krankenanstalten im Wiener Nordwestbahnhof eintraf, wurde seitens des Bahnpersonals alles versucht, drei Wagen abzukupplern und fortzuschaffen, was der holländische Oberleutnant nur mit dem Revolver in der Hand verhindern konnte.

Die auf einen halben Laib Brot gekürzte Wochenration der Wiener hat den Schleichhandelspreis für ein zweieinhalbpfündiges Brot minderwertiger Qualität, der vorige Woche noch 15 Kronen betrug, auf 30 bis 40 Kronen hinaufschnellen lassen. Die Rutscher der Großbäckereien haben um polizeilichen Schutz für ihre Fahrten in die Vorstädte nachgehakt. Der Mehlschleichhandelspreis ist für minderwertiges schwarzes Mehl ungefähr auf 40 Kronen für das Kilogramm, für weißes auf 50 Kronen gestiegen. Der Butterpreis schwankt zwischen 150 und 200 Kronen für das Kilo. Für Eier werden bis 8 Kronen das Stück bezahlt. Rindfleisch kostet pro Kilo 100 Kronen und Schweinefleisch 120 Kronen. Gänse pro Stück 100 Kronen, Hühner ungefähr 300 Kronen. Trotz solcher horrenden Schleichhandelspreise sind aber die Waren nahezu unauffindbar. Das nasse Brennholz wird mit 1,80 Kronen das Kilo verkauft, aber ohne Zustellungsgebühr. Kohle ist überhaupt nicht zu haben. Rechnet man hinzu, daß der Tabakpreis auf das Drei- bis Vierfache gestiegen ist, die Postgebühren auf das Doppelte, die Straßenbahn von 60 Heller auf 1 Krone pro Fahrt erhöht wurde, dann ergibt dies gegen das Vorjahr für den Wiener eine Verdoppelung seiner Lebenskosten.

Elbinger Schandsozialisten

Herrn Hermann Schulz, M. d. R. und geistigen Leiter der Elbinger „Mehrheits“ Sozialisten schwimmen die Felle davon. Ganz unbefreitbar zeigt sich dies, je mehr der Wahlkampf vorschreitet. Besonders auffallend ist, daß die Beamten und Angestellten, die bei der Nationalversammlungswahl die stärksten Stützen des Elbinger Rechtssozialismus waren, ihre Sache von den Noskebrüdern getrennt haben und mit einer eigenen Liste vorgehen. Herr Schulz ist das umso unangenehmer, weil er selber allen Anlaß hat, um sein Mandat zu zittern. Er steht an 9. Stelle auf der Liste seiner Partei und wird vermutlich ebenso wenig gewählt werden, wie der an 13. Stelle stehende Redakteur der Elbinger Volkszeitung, mit dessen Person wir uns später noch ein wenig beschäftigen werden. Aus Reinlichkeitsgründen würden wir es ablehnen, uns immer wieder mit diesem fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Blättchen zu beschäftigen, wenn es nicht mangels ständiger Abonnenten dauernd die Einwohner mit Gratisexemplaren überschwemmt hätte, was während der Wahlbewegung in ungewöhnlichem Maße geschieht.

Die trübseligen Wahlausichten der moralisch, finanziell und auch sächlich abgebrannten Rechtssozialisten haben auf ihr geringes Begriffsvermögen direkt verwestend gewirkt. Sie möchten die Kopfarbeiter weiter vor ihren Parteikarren spannen. Und das glauben sie am besten durch eine Heße gegen die unabhängige Sozialdemokratie im allgemeinen und unseren Genossen Grunwald im besonderen zu erreichen. Zu wiederholten Malen haben sie in ihrer Elbinger Volkszeitung, in der täglich der abgestandene Kahl der Königsberger Volkszeitung für die genügsamen Elbinger „Mehrheits“ Schächchen aufgewärmt wird, angebliche Aeußerungen Grunwalds verzapft, die nicht nur aus dem Zusammenhang gerissen, sondern vollständig erlogen sind. So behauptet die Elbinger Volkszeitung in ihrer Mittwochnummer, die unabhängige Sozialdemokratie betrachte die Kopfarbeiter nur als Stimmvieh und führe als Beweis dafür einen angeblich von Grunwald gemachten Zwischenruf an. Genosse Grunwald hat der Elbinger Volkszeitung sofort folgende Berichtigung gesandt:

Titel.
Elbinger Volkszeitung. Elbing, Wilhelmstr. Nr. 3.

Nach § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

In der Nr. 73 der Elbinger Volkszeitung ist in einem Wahlaufruf „Angestellte, Beamte, Kopfarbeiter!“ die Behauptung aufgestellt, daß ich in der öffentlichen Versammlung am 20. Oktober in Bezug auf das Betriebsrätegesetz erklärt hätte, daß die Arbeiter es wahrscheinlich nicht verstehen werden, Bilanzen zu lesen und infolgedessen doch von den Aufsichtsräten getäuscht werden würden. Bei der Erwiderung des Rechtssozialisten Weiß, daß „dazu ja die Kopfarbeiter da wären“, wird mein Zwischenruf dahingehend umgedichtet, ich hätte gerufen: „Damit Ihr mit verschleierte!“ Dieses und ähnliches soll den Anschein erwecken, daß meine Aeußerung gegen die Kopfarbeiter gerichtet war.

Hierzu stelle ich fest:
Wahr ist, daß ich gesagt habe: „Die Arbeiter verständen nicht das Lesen der kaufmännischen Bilanz.“

Unwahr ist, daß mein Zwischenruf lautete: „Damit Ihr mit verschleierte!“

Wahr ist, daß der Zwischenruf lautete: „Die (Bilanz) ist oft sehr verschleierte!“

Unwahr ist, daß die Unabhängigen die Kopfarbeiter als Stimmvieh benutzen wollen.

Wahr ist, daß die Unabhängigen die Kopfarbeiter als einen wichtigen Faktor bei der Produktion kennen und schätzen.

Mit aller Hochachtung
A. Grunwald, Parteisekretär.

Wir haben nicht viel Hoffnung, daß die Lektion bei den Elbinger Noskiden erzieherisch wirken könnte. Die sittliche Verwahrlosung ist bei diesen Leuten schon zu sehr vorgeschritten, als daß hier noch etwas heilsam wirken könnte. Die ganze Nummer der Elbinger Volkszeitung bietet dafür Beweise in Hülle. So enthält sie unter Elbinger Nachrichten einen gegen unsere Volksstimme gerichteten Artikel mit der Ueberschrift „Wirf ihr einen Hunderte hin, für Geld tut sie alles“ In dem Geschreibsel wird den Lesern erst ein Langes und Breites von einem Sensationsprozeß erzählt, der vor Jahren in Berlin gegen einen Zeitungsverleger verhandelt sein soll. Bei dieser Zeitung sei es üblich gewesen, irgend welches schlüpfrige Material, das man auf geradem oder ungeradem Wege, zufällig oder absichtlich gegen bekannte Persönlichkeiten in die Finger bekam, als Druckmittel zur Erreichung von größeren Inseratenaufträgen zu benutzen. Der Erfolg wäre denn auch immer vorhanden gewesen, denn die meisten der Betroffenen ließen lieber ein paar Blaue oder Braune springen, als daß ihre Mitwelt mehr oder weniger von ihren internen Angelegenheiten Kenntnis erhielt.

Erklickliche Summen seien in die Taschen des Verlegers geflossen. Während dieses Prozesses wäre die Zeitung von einem Beteiligten als feile Dirne bezeichnet worden.

Es gehört der ganze Tiefstand rechtssozialistischer Moral dazu, den Verleger dieser Zeitung mit der Elbinger Volksstimme in Beziehung zu bringen. Das geschieht, weil wir Anzeigen anderer politischer Gruppen im Inseratenteil unserer Volksstimme veröffentlicht haben. Wörtlich schreibt das Noskeorgan:

Wenn die Elbinger Volksstimme auf ihrer Vorderseite in großpredigerischer Tonart schreibt, daß die Kommunalisierung großer Betriebe zu ihren wichtigen Aufgaben im Stadtparlament gehöre, und auf der Rückseite sie ihre Leser in bezahltem Auftrage der Reaktion auffordert, ihre Betriebe vor Kommunalisierung zu schützen, und am nächsten Tage die bezahlten Wahlaufträge der Deutschen Volkspartei ihren Lesern vorsetzt, dann hat sie den Anspruch, als politische Zeitung eingeschätzt zu werden, verweigert. Dann ist sie nichts anderes, als eine feile Dirne, die für Geld jeden Verrat an ihrer Partei begeht.

An sich müßte uns dieses Verfahren nur lieb sein, denn die Folgen treffen nicht uns, sondern die Volksstimme, aber wir nehmen uns das Recht, im Namen der Arbeiterschaft Elbings Verwahrung einzulegen, daß die Volksstimme sich als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung aufspielt, während sie tagtäglich gegen Bezahlung den schändlichsten Verrat am Proletariat verübt.

„Im Namen der Elbinger Arbeiterschaft“ will Herr Peter, der Redakteur der Elbinger Volkszeitung, sprechen. Du lieber Himmel, wer ist denn dieser Sittenwart, der den Mund so voll nimmt? Seine politische Vergangenheit können wir ihm auch bei der größten christlichen Nächstenliebe nicht schenken. Und da muß ausgesprochen werden, daß Herr Peter sich ganz wie „eine feile Dirne“ bewegt hat. Herr Peter hat unter dem Belagerungszustande die Mehring'sche Internationale, die Spartakusbriege, die Zwangslosen Blätter und andere Schriften der Opposition verbreitet. Immer wieder erklärte er, er stände ganz auf dem Boden der Opposition. Er ist schließlich mit Rücksicht auf den nachhaften Parteifleißtopf bei Noske geblieben. Ja, wenn Opposition treiben nicht manchmal gefährlich für die wertere Person sein und gut bezahlt werden würde! Jedenfalls lehnen wir mit Fug und Recht ab, einen Menschen dieser Art als Vektor der guten Sitten anzuerkennen. Er hat kein Recht, im öffentlichen Leben überhaupt mitzureden, soll sich in irgend einen Winkel verziehen und froh sein, wenn er vergessen wird.

Was Herr Peter sagt, kann mir auf politisch ungeschulte Menschen für einen Augenblick Eindruck machen. Die Trennung einer Zeitung in einen redaktionellen und einen Anzeigenteil ist seit mehr als einem halben Jahrhundert üblich. Ebenso üblich ist, daß der Anzeigenteil jedermann zur Verfügung steht, der sich dessen zu bedienen wünscht. Nur Inserate, die verbrecherischen Zwecken dienen, nimmt eine anständige Zeitung nicht auf. Daß sie gegen eine andere politische Ansicht Error üben soll, ist neu. Es wäre schlimm um eine Partei bestellt, die sich nicht anders zu helfen wüßte, als indem sie die Pressefreiheit knebelte. Lassalle ist seiner Zeit von der liberalen Presse in dieser Weise vergewaltigt worden. Er fand in der Kreuzzeitung Aufnahme und konnte dort seine Ansichten sogar im redaktionellen Teil entwickeln. Seine angeblichen Nachfolger sind reaktionärer als die Konservativen der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Da stellen sie sich immer als Hort der Demokratie hin, bekennen sich als Gegner jeglicher Diktatur und jeden Terrors und dann wollen sie den politischen Gegner nicht einmal zu Worte kommen lassen, geschweige ihn widerlegen. Wir unabhängigen Sozialdemokraten haben mehr Vertrauen zu der Werbestraft unserer Sache und der Urteilsfähigkeit unserer Leser. Scharf werden wir auch in Zukunft jeden unserer Gegner anfassen, wenn es nötig ist, kleinlich aber und unduldsam nie sein.

Damit nehmen wir für heut von den Elbinger Auchsozialisten Abschied. Proletarier, denkt an alles, worum uns diese Gesellschaft seit dem November 1918 betrogen hat. Denkt an die Mordtaten gegen revolutionäre Arbeiter, denkt an den immer schamloser werdenden Lebensmittelwucher, denkt an die Kohlennot, an die unterbliebene Sozialisierung der Großindustrie. Denkt daran, daß die Gutsbezirke noch immer weiterbestehen, daß in den benachbarten Landkreisen noch immer keine Gemeindevahlen ausgeschrieben sind, weil der rechtssozialistische Minister sich um solche „Kleinigkeiten“ keinen Pfifferling scheert. Ihr könnt jetzt antworten. Gebt der Gefolgschaft der leidenden Elbinger Volkszeitung eine Antwort, die Hörner und Zähne hat.

**Wählt unabhängig-rot:
Liste Baude-Röhler!**

Dem Staatsbankrott entgegen.

Der Geldmarkt schwimmt in Papier. Bei Geldinstituten trägt man sich bereits mit dem Gedanken, den Zinssatz für Umlage fuchendes Geld herabzusetzen, weil der Andrang sehr groß ist. Die Sparkasse Neukölln z. B. setzt ab 1. Januar den Zinssatz von 3 1/2 auf 3 Prozent herab. Tägliches Geld hat bei den Banken bereits Minderung erfahren und trägt etwa 1 1/2 Prozent. Das sind Anzeichen für die Uebersättigung der Wirtschaft mit Geld, wenn man die Papierzettel dafür ansieht. Dabei wäre der Andrang ein noch unberechenbar stärkerer, wenn nicht Hamsterer und ängstliche Leute das Geld in Verstecken aufstapelten und besonders, wenn nicht Riesensummen zum Zwecke der Steuerflucht ins Ausland entführt und durch Schiebergeschäfte weitere Milliarden ebendahin gebracht worden wären.

Diesen Zustand haben wir einer gloriosen Finanzpolitik zu verdanken, die aus zarter Rücksichtnahme für die Besitzenden ihre täglichen Verbindlichkeiten mit Wechseln für die Zukunft begleicht und damit ebenso täglich den Wirtschaftszustand verschlechtert. Der vorbereitende Akt begann mit dem Kriege. Zur Anlockung und Mehrproduktion von Kriegsartikeln wurden gewaltige Preiserhöhungen bewilligt. Zur Aufbringung der Riesensummen verließ man sich nicht allein auf die Begebung von Anleihen, sondern presste täglich unheimliche Mengen bedruckten Papiers in den Verkehr. Beides war um so mehr nötig, je weitgehender man die besitzenden Klassen vor Steuern bewahren wollte und je fester man sich darauf verließ, die niederzuringende Kriegsgegner müsse die Schulden bezahlen. Auch nach Eintritt der Revolution wurde bis heutigen Tages das bequeme Mittel der uferlosen Ausgabe von Papiergeld in Anspruch genommen, etwa 30 Millionen gehen täglich davon neu in den Verkehr ein. Die Kompromißregierung ist gleichfalls von heiliger Scheu vor wirksamen Zugriffen bei den Kapitalisten erfüllt.

Die Folge der unmäßigen Ausgabe von Papiergeld ist dessen selbsttätige Entwertung, die mit jedem Tage fortschreitet. Die Wirtschaft ist überfüllt mit Papierzetteln, die aus Mangel an innerem Eigenwert an Kaufkraft ständig zurückgehen und so der Menschheit zeigen, daß sie nur fähig sind, vollgewichtiges Metallgeld soweit mit der aufgedruckten Summe zu vertreten, als Metallgeld zur Regelung der Wirtschaft notwendig wäre. Deutschland zeigt finanzpolitisch das Merkmal der Assignatenwirtschaft, bemerkt ganz richtig auch der handelspolitische Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung.

Der Massenandrang von Papiergeld und die Anzeichen der Gegenwehr von Geldinstituten, sich gegen die Flut durch Zinsherabsetzung zu schützen, lassen eine weitere Entwertung der Papiermark erwarten. Hätten wir noch eine Goldwährung, in der das Papier nur die Rolle des technischen Aushilfsmittels spielte, dann würde Geldflüssigkeit ein Zeichen wirtschaftlicher Unlust sein, aber keinesfalls eine Herabsetzung der Kaufkraft im Gefolge haben. Gold behauptet sich eben, weil es Eigenwert hat. Eine weitere Entwertung des Papiergeldes muß sich in steigenden Preisen auswirken. Damit wird die Gesamtsumme der Waren eine höhere und zur Regulierung des Warenverkehrs würden größere Umlaufsmittel erforderlich. Stände also die Papiergeldpresse still, dann würde nach einiger Zeit die Geldflüssigkeit verschwinden, sich vielleicht gar in eine Geldknappheit verwandeln. Aber daran ist ja bei dem heutigen Regierungskurs gar nicht zu denken, denn zur Befriedigung der täglichen Staatsbedürfnisse ist Geld erforderlich, das bei den Kapitalisten zu holen eben die revolutionäre Energie dieser Regierung nicht ausreicht. Es werden darum weiter täglich neue Millionen Papiergeld in die Wirtschaft geworfen und damit der Rundlauf — Papierentwertung, Preissteigerung, Vermehrung des Papiergeldes, Papierflüssigkeit usw. — verewigt.

Papiergeldentwertung, daneben teils auch besondere Maßnahmen einiger Werke, veranlassen immer mehr kapitalistische Unternehmungen, starke nominelle Kapitalerhöhungen vorzunehmen. Eine Ablenkung der Papierflut ist davon nicht zu erwarten, denn das Papier wechselt dabei höchstens seine jeweilige

Unterstützung, es verschwindet nicht aus dem Verkehr. Nur ein Zurückdämmen der Flut könnte jedoch der Papiermark vermehrte Kaufkraft geben. Von industrieller Seite wird gegenwärtig eifrig der Plan verfochten, man solle die unliebsame Erscheinung des Valutaunterschiedes gegenüber dem Auslande dadurch bannen, daß man die Preise erhöhe. Das wäre ein schlechtes Auskunftsmitel, durch welches die Bewirrung nur noch größer würde. Hinaufstreben der Exportpreise hätte riesige Steigerung aller Inlandspreise im Gefolge. Agrarische Kreise lassen durch ihre Preisorgane bereits Stimmung nach der Richtung machen. Die erhöhten Preise erforderten, wie oben bemerkt, größere Umlaufsmittel. Diese würden durch die Notenpresse beschafft und der Boden für weitere Entwertung des Papiers wäre schon vorbereitet. Ueber kurz oder lang aber würde der künstliche Ausgleich gegenüber dem Auslande versagen und auf anderer Basis würde sich der Valutaunterschied wieder einstellen.

Für die Arbeiterschaft bedeutet ein solches Experiment Verschärfung ihrer Leiden, Erschwerung ihres Kampfes um erträgliches Dasein. Denn wenn auch einsichtiger Volkswirtschaftler betonen, daß dabei auch die Löhne steigen müßten, so weiß doch jeder gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigte, wie ungenügend die Einkommen der Massen den Verteuerungen folgen. Noch steht die Lebenshaltung des Proletariats um etwa ein Drittel durchschnittlich gegen die Verteuerung zurück. Steigen die Preise um das Doppelte, dann wird der Unterschied ein noch viel größerer. Die Massen müssen daher verlangen, daß die Wertsteigerung der Mark und damit der Valutaausgleich auf dem Wege versucht wird, der nicht ihnen neue Lasten bringt, sondern sie denen auferlegt, welchen der Krieg ein Geschäft war. Man soll die Menge des Papiergeldes und die sonstigen Staatsschulden verringern durch Einziehungen bei den Kapitalisten, man soll ihre Betriebe, die sie angeblich durch Kapitalentzug nicht weiter fortführen können, durch die Allgemeinheit betreiben lassen, sie sozialisieren, dann ist aus dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen. Alles andere ist Glückwörtchen, ist Vergewandlung der Volkskräfte, ist Interessenspolitik für kleine Kreise auf Kosten der Volksmasse und führt unweigerlich zum Staatsbankrott.

Politische Mundschau Deutschland

Zimmer noch der alte Schwindel

Die Chauvinisten versuchen stets von neuem, die Völkerverheugung auf den Siedepunkt zu treiben. Und gerade die trübsten Quellen sind ihnen die liebsten, um daraus ihren vergiftenden Schlamm zu schöpfen. Da ist kürzlich in einem der berüchtigten französischen Blätter, im Petit Parisien zu lesen gewesen, Herr Tirard, der neuernannte Kommissar der Besatzungsbehörden in Rheinland habe sich programmatisch über die Ziele der rheinischen Politik Frankreichs geäußert. Was in dieser Rede gesagt worden sein soll, wird aber grundverschieden ausgelegt. Die Vossische Zeitung liest den guten Willen des Herrn Tirard heraus, eine Politik der Verständigung treiben zu wollen. Gewisse deutschnationale Chauvinistenkreise jedoch wollen das direkte Gegenteil in ihr finden. Sie putzen die Angelegenheit zu einer großen Haupt- und Staatsaktion auf und — sämtliche bürgerliche Parteien einschließlich der Regierungsozialisten im Preußensparlament kriechen auf den Leim, trotz der Lehren des Krieges, die doch bitter genug waren.

Wir lehnen es natürlich — wie auch Genosse Rosenfeld in der preußischen Landesversammlung nachdrücklich betonte — entschieden ab, solch faulen Speck mitzumachen. Zeitungs- nachrichten dieser Art sind keine geeignete Grundlage zu politischen Aktionen. Wir haben auch nicht die geringste Ursache, den Chauvinisten hüben und drüben in die Hände zu arbeiten, sondern wir erblicken unsere vornehmste Aufgabe darin, hervorzuheben, was die Völker eint und versöhnt und nicht, was sie trennt. Gerade wir haben vor allem die Pflicht, in diesem Sinne zu arbeiten, damit die tiefen Wunden, die der Welt durch die überwiegende Schuld der deutschen Macht-

haber zugefügt wurde, so rasch wie möglich verheilen. — Völkerveröhnung wollen wir treiben.

Ist denn die Scham ganz zu den Hunden entflohen?

In der österreichischen Nationalversammlung hat Genosse Otto Bauer die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, bei der bayerischen Regierung Vorstellungen über das völkerrightswidrige und verbrecherische Treiben ihrer Organe auf österreichischem Boden zu erheben und von der bayerischen Regierung die Auslieferung Magnilian Schnelllers zu verlangen. Es handelt sich um folgendes:

Schneller war in der Münchener Räterepublik Finanzkommissar, wurde nach dem Sturz der Räterepublik verfolgt und floh nach Deutsch-Oesterreich. Dort ist ihm nach ordnungsgemäßer Anfrage Asylrecht gewährt. Schneller nahm seinen Wohnsitz in Tirol. Von dort ist er von Truppen des bayerischen Freikorps Epp und zweier deutsch-österreichischer Gendarmen verschleppt worden und befindet sich jetzt im Landgerichtsgefängnis Rempten im Allgäu. Genosse Bauer verlangte strengste Untersuchung und bei Bestätigung dieses Tatbestandes Bestrafung der österreichischen Gendarmen wegen Verbrechen des Menschenraubes und eine nachdrückliche Forderung an die bayerische Regierung auf Auslieferung Schnelllers.

Das Ansehen Deutschlands hat unter dem alten Regime wahrhaftig nicht hoch im Kurs gestanden. Was aber neuerdings an Würdelosigkeit geleistet worden ist in dem Bemühen, Leben ausgeliefert zu erhalten, und was im vorliegenden Fall geschehen ist, kann nicht mehr überboten werden. Die Welt kann für uns ob solcher Zustände nichts anderes übrig haben, als ein verächtliches „Pui Teufel!“

Der Generalfreik im Bitterfelder Bezirk steht bevor

Zu unserer gestrigen Meldung über die Verhängung des Belagerungszustandes im Bitterfelder Industriebezirk haben wir noch mitzuteilen: Das Eingreifen der Regierung scheint ein lange geplanter Schlag zu sein. Roste lauerte auch schon lange auf eine Gelegenheit, das rote Mitteldeutschland mit seinen Gewaltmitteln niederzuschlagen. Dem Betriebsrat der Reichs-Stückstoffwerke in Wittenberg erklärte er gelegentlich einer kürzlich stattgefundenen Besprechung: in Wittenberg und Bitterfeld scheint ja eine ganz besondere Sorte von Revolutionären zu stecken. Ich werde in Kürze diesen beiden Kreisen meine besondere Aufmerksamkeit schenken.

Diese Rostesche Ankündigung ist zur Wahrheit geworden. Offiziös stellt man es so hin, als ob die Vorgänge im Kraftwerk Zschornowitz und auf der Grube Leopold bei Bitterfeld, über die wir kürzlich berichteten, das Vorgehen der Regierung rechtfertige. Wir stellen fest, daß bisher im gesamten mittel-deutschen Industriebezirk vollkommene Ruhe geherrscht hat, daß ein größerer Streik nicht stattgefunden hat. Man will nur das „glutrote Herz Deutschlands“ — den halleischen Bezirk — endlich unter die Gewalt der Reaktion bringen. Deswegen trägt man sich auch mit dem verruchten Plan, die halleischen Ränderhorden Awalow-Bermonds nach dem Regierungsbezirk Merseburg zu schicken.

Montag mittag sind die Vertrauensleute der chemischen Industrie und des Bergbaus im Bitterfelder Revier zusammengekommen und haben ein Ultimatum gestellt, in dem gefordert wird, daß Genosse Haar, der Vorsitzende des Betriebsrates der Anilinfabrik Wolfen, außer Verfolgung gesetzt und ferner den Truppen der Rückmarschbefehl gegeben wird. Geschieht das nicht, so tritt die gesamte Arbeiterschaft des Bitterfelder Industriebezirks in der Generalfreik.

Alle die Meldungen über Ausschreitungen in Wolfen und Bitterfeld beruhen auf gewollten Entstellungen. Man hat den Direktor durchaus nicht vergewaltigt, wie behauptet wird. Der Genosse Haar ist auch kein Rädelsführer, sondern der Vorsitzende des Betriebsrates, der die Pflicht hatte, die Forderung der Arbeiter, daß sie am Bußtag arbeiten wollten, der Betriebsleitung zu übermitteln. Die Betriebsleitung hat versprochen, nichts gegen den Betriebsrat und gegen den Genossen Haar zu unternehmen. Diese Zusage hat sie schmählich und treulos gebrochen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

31]

Der Ehebruch. Mit dieser Dirne hatte er die Ehe gebrochen, eine Todsünde begangen. Das war der Zusammenbruch. Das war der vollkommene Einsturz seiner ganzen Lebensführung. Er war beim moralischen Bankrott angelangt.

Er — Christ, strenggläubiger Katholik, Beamter, Staatsanwalt — er hatte ein Sakrament gebrochen. Hatte eine Verhehlung begangen, die das bürgerliche Gesetz mit Gefängnis belegte, — wenn die Umstände das geboten. Ehebruch. Pui — die gemeine Untreue einem heiligen Abkommen gegenüber. Der schmutzige Vertrauensbruch in einem von Gott selbst vollzogenen Bunde. Er schauderte, da er es überdachte. Denn niemals, niemals hatte er vordem glauben können, in solche Schuld zu geraten.

Die Liebesleidenschaft hatte ihn so tief hinabgerissen. Liebesleidenschaft? — Ha ha! Nun zog er schon nach echter Verbrecherart die pikantesten Beschönigungen heran, auf mildernde Umstände lästern.

Die Liebe, zu einer Dirne. Nicht wahr? Dieses heiligste Gefühl, das nur von Reinheit genährt wird, einem Frauenzimmer zugewendet, das — so jung es auch war, durch alle Gassen schon geschleift worden.

Liebe — warum nicht gar. Bisternheit, gemeinste Begehrlichkeit, von einer hübschen Larve entflammt — in ihm — dem Fünzigjährigen, der, bei aller drakonischen Strenge gegen andere, die moralische Kraft nicht besaß, den Lockungen eines jungen schönen Körpers zu widerstehen.

Liebe — dies viel geläufigere und mißbrauchte Wort — das wollte er denn doch lieber sogleich aus diesem gesamten gemeinen Handel von Anbeginn ausmerzen. Dann war einige Aussicht auf klare und richtige Abrechnung gegeben.

Er hatte sich bemerkt. War so tief in den Schmutz geraten, daß es eine Reinigung für ihn kaum mehr gab. War so besetzt, daß er zu reinlichem Tun und Wirken die Eignung völlig verloren hatte.

Ein netter Staatsanwalt das, der mit Dirnen, die er vor den Richtern eigenhändig gebrandmarkt hatte, geheime Unzucht trieb. Aus dem Amte — mit solch einem Lumpen! So hatte er sein Leben zerbrochen.

Vor Gott, vor der Behörde, vor seinem angehauchten Weibe war er zum Wichte geworden.

Wohin — wohin — in welche dunkelste Höhle mit dieser

Zentnerlast von Schmach und Besudelung? . . .

Wie sollte er vor Reimen künftighin stehen?

Wie den Blick seiner Gattin ertragen?

Wie über Schuldige im Namen des Rechtes fortan befinden? . . .

Er stand vor dem Nichts, sah sich ratlos in seiner völlig abgründigen Verlorenheit . . .

Was tun?

Was anfangen? Nur eins war möglich:

In der Kirche und vor Rosalinden Beichte ablegen. Von seinem Amte zurücktreten. Aus dieser Stadt entweichen und in der Stille und Verborgenheit eines entlegenen Aufenthaltes in Buße und Reue sich reinigen . . .

Wird er diesen Weg zurück aus der Verschuldung finden?

Er mußte — er mußte — denn gerichtet, verurteilt, verachtet von sich selbst — konnte er nicht leben . . .

Aber in diesem Zustande völliger Zerknirschung ebenso wenig. Er taugte nicht zum Säulenheligen und Büßer. In ihm war noch soviel ungebrochene, unverbrauchte Kraft, daß er sich nicht einmal ohne sein Amt, ohne seine Berufsarbeit sein Leben vorstellen konnte.

Ob er alles dieses nicht gar zu heiß nahm?

Wie es sich nicht mit einer wirklichen tiefinnerlichen Reue fühlten? Mit dem eisernen Gelübnis, nie — nie wieder vom Wege abzuweichen?

Und tat er nicht auch Rosalinden Besseres, wenn er ohne ein sie tief verletzendes Geständnis schweigend an seiner Reue trug und den einen Fehltritt durch einen musterhaften Wandel hinfort auswehte?

Jetzt galt es, den ganzen Verstand zusammenzureißen und durch hitzige Uebereiltheiten das Unheil nicht noch zu vergrößern.

Vor dem hohen Spiegel eines großen Friseurschaufensters machte er plötzlich halt — in einer eigentümlichen Gedankenverknüpfung.

Er wollte im Augenblick sehen, wie ein Mensch seines Schlages in solchen Momenten der Zerknirschung sich wohl ausnahmte. Zudem war er auf dem Heimwege. Die Stunde des Dinners war nahe. Er sollte Rosalinden jetzt gegenüberreten.

Entschloß er sich, der Gattin das Geständnis vorzuenthalten, so hatte er sehr achtzugeben, daß seine erregten Nerven ja nichts verrieten. So mußte er sich heftig zusammennehmen.

Mit einer großen Spannung richtete er den Blick auf die eigenen Züge dort drinnen im Spiegel — und sah — zu seiner inneren Befriedigung sein glattes, kriminalistengesicht in die Falten der Verschlossenheit gelegt. Alles in diesen Zügen war gespannt, wie beim Kreuzverhör eines Beschuldigten. Aus diesem granitenen Diplomaten Gesicht war nichts zu entnehmen,

nichts daraus zu lesen, denn die kühle, rechnende Ueberlegung war wieder darin Herr geworden. Er sah's mit Befriedigung. Keine Spur von Zerknirschtheit, Verstörung oder Schuld-bewußtsein war zu entdecken. Er atmete auf. Noch war er der Herr seiner Entschlüssen. Noch hatte er keinem anderen durch ein Eingeständnis, durch eine Schuld einräumung Macht über sich gegeben.

Und das war gut so.

Innerlich — innerlich büßen — vorerst — vorerst vielleicht — und später auch. Erst mußte er einmal sehen, ob nicht auch dieser Weg gangbar war. Rosalinde wurde geschont, das Amt konnte später niedergelegt werden — wie sich's erwies, daß er es durchaus und auf keine Weise zu führen mehr imstande war.

Innerlich — innerlich büßen — ja — der erste Bußgang kam eben jetzt: das Wiedersehen mit Rosalinden nach dem Sündenfall . . . Er ging diesem Wiedersehen mit heftig pochtendem Herzen entgegen. Vor dem prüfenden Blick der Gattin bangte ihm sehr. Bisher waren es nur Gemüts-erregungen gewesen, die er seit dem Tage der Verhandlung gegen Hertas Mutter vor seiner Frau zu verbergen sich bemüht hatte.

Heute stand es anders. Als ein Schuldiger, ein Schuld-beladener, mit bestedtem Gewissen, den Ehebruch auf dem Herzen lassend, sollte er vor sie treten.

Es war ein harter, bitterer Weg.

Zögernd betrat Jordan die Räume. Das feierliche Eßzimmer mit dem gedeckten Tische war noch leer. In einem Hinterzimmer fand er Rosalinden. Sie saß, die schwarze Hornbrille mit den großen runden Gläsern auf der langen spitzen Nase, über Wäschestücke gebeugt, die sie emsig mit feiner Nadel ausbesserte. Silbern leuchtete ihr Scheitel.

Seltam griff Jordan der Anblick dieses grauen Hauptes heute ans Herz. Ein schmerzhaftes Gefühl, aus Dankbarkeit, Liebe, Anhänglichkeit, Schuldbewußtsein gemischt, bewegte ihn tief. Dieses teure Haupt hatte manche Sorge um ihn, so mancher mit ihm gemeinsam ausgefochtene Kampf ergrauen gemacht. Diese fleißigen Hände hatten in nie rastender Arbeit ihm das Haus besorgt.

Sein Herz wollte überströmen von Dank für so viele, in einem langen Leben ihm bewiesene Treue — ihm, der diese Frau zum Danke nun verraten und betrogen hatte.

Es reckte sich etwas in ihm auf, das ihn niederwerfen wollte — auf die Knie nieder, mit flehend erhobenen Händen die Verzeihung zu erbitten, vor dieser schmächtig hintergangenen, beleidigten, grauöpfigen Frau und Gefährtin seine Untat herauszuschluchzen, den febernden Kopf in ihrem Schoß geborgen . . .

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Schuldeputationen

Bereits im Juli hat der verstärkte Unterrichtsausschuß der preussischen Landesversammlung den Auftrag erhalten, den Gesetzentwurf über die Aenderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen für die zweite und dritte Lesung vorzubereiten. Aber erst in diesen Tagen, also nach vollen vier Monaten, hat sich der Ausschuss, dessen Vorsitzender anlässlichweise der Zentrumsmann Dr. Heß ist, auf seine Pflicht besonnen. Es wird allerdings diese auffallende Verzögerung durch Heß begreiflich, wenn wir berücksichtigen, daß dieses Gesetz dazu bestimmt ist, die unberechtigte Vorzugsstellung der Geistlichen in den genannten Körperschaften zu beseitigen.

Wir machen der Vorlage, die nur dazu bestimmt sein sollte, vorläufig die Schulverwaltung mit den übrigen kommunalen Körperschaften in ihrer neuen Gestaltung einigermaßen in Einklang zu bringen, den Vorwurf der Unzulänglichkeit. Insbesondere soll das Bestätigungsrecht der Regierung den Mitgliedern der Schuldeputationen gegenüber beibehalten werden.

So wenig das Gesetz also bringt, selbst dies Wenige war den Deutschnationalen und dem Zentrum zuviel. In der viel zu spät einberufenen Ausschusssitzung suchten sie die ganze Vorlage dadurch zum Scheitern zu bringen, daß sie erklärten, nachdem in der Reichsverfassung ein Reichsschulgesetz in Aussicht gestellt und festgelegt sei, bis dahin solle es bei der gegenwärtigen Rechtslage bleiben, dürfe an all den Dingen nicht weiter gerüttelt werden.

Unsere Vertreterin, Genossin Arendsee, bekämpfte diese Auffassung auf das Entschiedenste. Der Artikel 174 der Reichsverfassung spreche lediglich aus, daß landesgesetzliche Regelung solange platzgreifen habe, als das Reichsschulgesetz nicht erlassen sei. Das Vorgehen der Deutschnationalen verfolge lediglich den Zweck, die Vorlage zu verschleppen, wenn nicht gar abzuwirgen.

Darob große Entrüstung. Die Mehrheit des Ausschusses teilte jedoch den Standpunkt unserer Genossin. Einen Erfolg hatten die Finsterlinge dennoch insofern, als der Abend über diese Auseinandersetzungen vergangen war und es ganz im Ungewissen blieb, wenn die nächste Sitzung anberaumt werden wird. Wir verlangen schleunigste Durchberatung.

Ungarn

Ein neues Kabinett

Herrn Friedrichs Herrschaft ist zu Ende. Präsident Huszar hat ein neues Kabinett gebildet. Ob damit der weiße Schrecken zu Ende ist, muß abgewartet werden. Herr Friedrich ist mit seinem Kabinett, das die schmachvollste Militärdiktatur über das Land verhängte und mit Hinrichtungen und Verfolgungen im Lande wütete, weniger am Widerstande im Lande selbst als an seinen monarchistischen Plänen, denen die Entente sich widersetzte, gescheitert. Nachdem er versucht hatte, dem Erzherzog Joseph und mit ihm der habsburgischen Dynastie von neuem zur Krone Ungarns zu verhelfen, hatte er die Entente geschlossen gegen sich, die durch ihren Bevollmächtigten, Sir George Clerk, erklären ließ, daß sie kein Kabinett unter diesen Umständen nicht anerkenne. Auch der Rücktritt des Erzherzogs konnte das Mißtrauen der Alliierten nicht beseitigen und sie drohten mit dem Abbruch aller Beziehungen zu Ungarn, falls nicht sofort ein neues Kabinett gegründet wurde. Nach langem Sträuben hat Friedrich, der Erzreaktionär, sich beugen müssen, ihm folgt das Kabinett Huszar. Huszar selbst war früher Abgeordneter der christlichen Volkspartei. In Wien gilt er lediglich als Strohmann des Herrn Friedrich und es ist bezeichnend, daß in dem neuen Kabinett Friedrich den für die Aufrechterhaltung des weißen Terrors sehr wichtigen Posten des Kriegsministers inne hat. Zwar gehören dem neuen Kabinett zwei Sozialdemokraten an, aber diese Mitteilung ist mit größter Vorsicht aufzunehmen. Der Name des sozialdemokratischen Staatssekretärs für Handel, Miklits, ist völlig unbekannt und es muß als sehr unwahrscheinlich gelten, daß unsere ungarischen Parteigenossen einen Keuling in das Kabinett entsandt haben. Der sozialdemokratische Minister für Volkswirtschaft, Peyer, ist zwar bekannt, galt aber von jeher als sozialistisch nicht mehr zuverlässig. Es wird also abzuwarten sein, ob die ungarische Sozialdemokratie den Eintritt ihrer beiden Mitglieder in die Regierung billigt, was zur Zeit als äußerst unwahrscheinlich gelten muß, da sie es bisher stets abgelehnt hat, mit Herrn Friedrich in einem Kabinett zu wirken. Auch die Auflösung des Ministeriums für gewerbliche Arbeiter muß nachdenklich stimmen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch dieses Kabinett einen bedenklich reaktionären Charakter aufweist.

Frankreich

Die elsässischen Wahlen

Die Wahlen im Elsaß, die als die ersten, die das Elsaß wieder unter französischer Herrschaft vornimmt, von besonderer Bedeutung waren, haben eine Niederlage der deutschen Chauvinisten und ihrer getreuen rechtssozialistischen Nachläuferchaft gebracht. Der Wahn oder besser gesagt: die Lüge, daß im Elsaß Unzufriedenheit über den Anschluß an Frankreich herrsche, daß große Massen gern zu Deutschland zurückwollten, oder auch nur Neutralitätswünsche hegten, ist zerstört. Sämtliche Parteien Elsaß-Lothringens traten in dem Wahlkampf, an der Spitze des Programms den Satz, in dem sie den Anschluß an Frankreich begrüßten. In keinem einzigen Programm war von einem selbständigen neutralen Staat die Rede, geschweige denn fand sich jemand, der sich für den Anschluß an Deutschland einsetzte. In diesem Sinn also waren alle Programme streng französisch national, besaßen also außenpolitisch nicht den geringsten Unterschied. Nur innerpolitisch traten die Merikalen Gruppen, so wie die elsässischen Genossen für eine größere Selbständigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb Frankreichs ein. Die Merikalen, weil sie den Einfluß des kirchenfeindlichen Frankreich auf ihre Macht in Elsaß-Lothringen fürchteten, unsere Parteigenossen, weil sie den reaktionären Geist der imperialistischen französischen Regierung von Elsaß-Lothringen fernhalten wollten. Beide Parteien waren wegen ihrer partikularistischen Tendenzen in einer sehr schwierigen Lage und durch nichts kann die Freude der Elsaß-Lothringer über den Wiederanschluß an Frankreich deutlicher bewiesen werden, als durch den Sieg, den trotzdem der nationale Block erringen hat. Wenige Tage vor der Wahl war Clemenceau nach Straßburg gekommen, um für seinen nationalen Block zu sprechen und die Wahlen haben diesem Block, der jegliche partikularistische Tendenzen ablehnt und für die völlige Eingliederung des Elsaß in Frankreich eintritt, die absolute Mehrheit verschafft, sodaß infolge des jammervollen Wahlsystems Elsaß-Lothringen nur Vertreter des nationalen Blocks in das Parlament entsendet und im französischen Parlament kein auch

noch so zaghafter elsässischer Partikularist vertreten sein wird. Auch unsere elsässischen Genossen haben keinen Vertreter im französischen Parlament.

In und um Elbing

Wann, zum Teufel, kriegen wir Kartoffeln?

Seit drei Wochen haben viele Elbinger Familien nicht eine Kartoffel erhalten. Die Frauen sind der Verzweiflung nahe, denn die Kartoffeln lassen sich dauernd nicht entbehren. Sie am Mittagstisch durch Brot zu ersetzen, geht nicht an, denn der Arbeiter kann nicht bloß auf die Qualität seiner Nahrung sehen, sondern muß ihre Menge in Betracht ziehen. So halb und halb wurden uns diese Woche Kartoffeln versprochen. Aber die Woche geht dem Ende entgegen und wir erhalten nichts. Begreiflicherweise wächst die Mißstimmung gegen das Ernährungsamt von Tag zu Tag. Auch jeder der ohne Voreingenommenheit die Maßnahmen des Ernährungsamtes prüft, wird zu keinem günstigen Urteil über diese Behörde kommen. Elbing liegt mitten in einer Kartoffelprovinz. Wie können da im November so wenig Kartoffeln vorhanden sein, daß die Stadt von der Hand in den Mund lebt? Es wäre möglich gewesen, für einen Vorrat zu sorgen. Warum hat das Ernährungsamt sich nicht mit den Führern der Elbinger Arbeiter in Verbindung gesetzt, um die nötigen Kartoffeln an Ort und Stelle zu bergen? Die Elbinger Arbeiterschaft hätte zu diesem Zweck sicher die genügende Zahl Freiwillige gestellt. Ganz offenbar fehlt im Ernährungsamt der große organisatorische Kopf. Man merkt dies außer der Kartoffelfrage an vielen andern Dingen. Warum müssen die Frauen jeden Tag nach einem bestimmten Lebensmittel laufen? Das kennt man in andern Städten nicht. Auf den Aufruf der Bonbonmarke von neulich, der nicht viel besser als ein Aufzug war, wiesen wir bereits hin. Vorige Woche wurde eine Kindermarke zum Bezuge von Naturhonig aufgerufen. Von verschiedenen Frauen wird uns mitgeteilt, als der Honig in den Geschäften verabfolgt werden sollte, war nichts da. Und als sie zum zweitenmal gingen, war er bereits alle. So kamen ihre Kinder um den Honig. In andern Städten ist es üblich, daß das Ernährungsamt ein Geschäft bekennt macht, wo die, die bei der Verteilung zu kurz kommen, die fraglichen Lebensmittel später abholen können. Davon weiß man in Elbing anscheinend auch nichts. Es ist wirklich Zeit, daß eine neue Stadtverordnetenversammlung auch dem Elbinger Ernährungsamt neue Bahnen weist.

Noch keine deutschen Verbrecher ausgeliefert

Die Elbinger Zeitung hatte gestern eine Straßburger Meldung wiedergegeben, nach der die ersten fünf Offiziere von Deutschland ausgeliefert und in der Zitadelle von Bille untergebracht seien, wo sie abgeurteilt werden würden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt von einem Berliner Abendblatt, das die gleiche Nachricht übernommen hat:

„Es ist außerordentlich bedauerlich, daß ein deutsches Blatt die Gedankenlosigkeit begeht — wir nehmen zu seinen Gunsten an, daß es sich nur um eine solche handelt — derartige Meldungen ohne Gegenkommentar zu übernehmen, noch dazu in möglichst großer Aufmachung. Die Reichsregierung hat bekanntlich in einer besonderen Note der französischen Regierung die unüberwindlichen Schwierigkeiten dargelegt, auf die eine Auslieferung — zu der wir allerdings vertraglich verpflichtet sind — stoßen würde. Sie hat bestimmte Vorschläge gemacht, in welcher Weise sie den Forderungen Frankreichs nachzukommen sich bestreben würde, ohne jedoch jene Fälle einzubeziehen, in denen es sich nicht um Verbrechen oder Vergehen handelt, und die die Empörung des deutschen Volkes entzünden würden.“

Unter diesen Umständen erübrigt sich eigentlich jedes Wort zu der genannten Meldung. Es ist ausgeschlossen, daß die Reichsregierung eine Auslieferung vorgenommen hat, bevor überhaupt die Frage spruchreif geworden ist. Das kann erst der Fall sein mit dem Inkrafttreten des Friedens. Es kann sich bei der obigen Meldung, wenn sie überhaupt begründet ist, höchstens um deutsche Offiziere oder Beamte handeln, die dem Zugriff des Verbandes unterliegen, sei es durch ihren Aufenthalt im besetzten Gebiet oder dadurch, daß die betreffenden angeblich Verhafteten in französischen Kriegsgefangenenlagern sich befunden haben.“

Der Marloh-Prozess

Wie wir bereits mitteilten, kommt die Abschachtung der Matrosen in Berlin nächste Woche zur Verhandlung. Die von Harden neuerdings gegebene Darstellung des Falles, nach der nicht Marloh, sondern der bekannte Oberst Reinhard der eigentlich Schuldige sein soll, hat bereits zur Verurteilung Reinhardts geführt. Der Raumangel infolge des Stadtverordnetenwahlkampfes verhinderte uns bisher, den Lesern die Darlegungen Hardens zu unterbreiten. Sobald die Wahl erledigt ist, werden wir dies nachholen und auch über den Prozeß in eingehender Weise berichten.

Abzug der Roslegardisten aus Pösilge

Die Gastrolle der Roslegardisten in Pösilge ist bereits beendet. Durch Verhandlungen wurde der Streik beigelegt. Die Arbeitslosen erhalten Arbeitslosenunterstützung und sollen auch nach Möglichkeit eingestellt werden. Die 40 Mann Reichswehr sind nach Beendigung des Streiks abgerückt, ohne daß sie ihren Latendrang hätten stillen können.

Herr Preuschhoff war schuldlos

Zu der Notiz in Nr. 29 unserer Zeitung Aus der Praxis der Elbinger Armenpflege teilt uns Herr Armenvorsteher Preuschhoff folgendes mit: „Es ist richtig, daß die alte Frau zu mir kam und um die Ausstellung eines Holzzettels ersuchte. Ich konnte diesem Verlangen nicht nachkommen, da die Anordnungen des Magistrats ausdrücklich bestimmen, daß die Bescheinigungen nur an Personen auszustellen sind, die selbst eine Wohnung gemietet haben. Da die Frau bei ihrem Schwiegersohn wohnte und als Legitimation die Ausweisurkunde desselben vorlegte, konnte ich trotz Anerkennung der Notlage der Frau die verlangte Bescheinigung nicht ausstellen. Die Aeußerung „mit 23 Mark Unterstützung können sie doch leben“ ist von mir nicht getan worden. Im übrigen dürften alle Armen, die mich in meiner Eigenschaft als Armenvorsteher in Anspruch genommen haben, bestätigen, daß ich ihren Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung getragen habe.“

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht

Vom 1. Dezember 1919 ab dürfen nach Paragraph 1 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 Zinscheine sowie die zur Rückzahlung fälligen Stücke der preussischen Staatsschuld, der Reichsschuld und der Schutzgebietsschuld nur solchen Banken, Sparcassen und Kreditgenossenschaften zur Einlösung übergeben werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zinsbogen mit dem Erneuerungsscheine hinterlegt oder die im Besitz eines mit einem Stückverzeichnis versehenen urkundlichen Nachweises über die anderweitige Aufbewahrung des Wertpapiers sind.

Die nicht zu den Banken gehörenden amtlichen Einlösungstellen dürfen nach Paragraph 3 der vorgenannten Verordnung die Zinscheine und die zur Rückzahlung fälligen Stücke außer von den Banken nur von solchen Personen zur Einlösung annehmen, die ein vom Finanzamt bestätigtes, die betreffende Stücknummer enthaltendes Verzeichnis über die Anmeldung ihres Besitzes an Wertpapieren vorlegen.

Protest der Werftarbeiter

Bei dem Reichskanzler erschienen gestern einige Arbeiter von der Germaniawerk und der Reichswerk in Kiel, vom Vulkan, von der Howaldtwerft, von der Tecklenborgwerft in Geestemünde usw., die auf Grund einer Konferenz der an allen deutschen Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter dringende Vorstellungen gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten Docks, Hebezeuge und Bagger erhoben. Sie stellten besonders die den Arbeitern drohenden Schäden eindringlich dar und überreichten folgende Resolution:

„Die am 23. November 1919 in Hamburg tagende Konferenz von Vertretern aller in den deutschen Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter erhebt Protest gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten 400 000 Tonnen an Docks, Hebezeugen und schwimmenden Fahrzeugen. Die Konferenz betrachtet die Durchführung der Ententeorderung als eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der in den deutschen Schiffswerften beschäftigten Arbeiter und ersucht die Reichsregierung, alles daranzusetzen, diese schwere Schädigung der Interessen der Werftarbeiter abzuwenden.“

Aus der Partei

Der erste Bezirk hielt gestern im Gathaus Began seine erste ordentliche Bezirksversammlung ab, die gut besucht war. Nach erledigter Tagesordnung blieben die Genossen mit ihren Frauen in geselligem Beisammensein beisammen. Es war der Bezirksleitung gelungen, aus Künstler- und Freundeskreisen Mitwirkung bei den Darbietungen zu erlangen. Herr Steinbach und seine Gattin stellten sich in liebenswürdiger Weise mit ihrem hervorragenden, künstlerischem Können freiwillig zur Verfügung. Genosse Otto, Fräulein Lindentrauf und Genosse Kutsch erfreuten die Zuhörer mit Gesang und Zitherspiel. Genosse Lange brachte ernste und heitere Gedichte, zum Teil in Königsberger Mundart, die mit großem Beifall und herzlicher Heiterkeit aufgenommen wurden. Die Sangesbrüder vom Viederefreund waren ebenfalls erschienen, ihre altbekannten, guten Leistungen trugen ganz besonders zur Verschönerung des Abends bei. Genosse Kühne erwarb sich durch sein gutes Klavierspiel den Dank und die Anerkennung der Anwesenden.

Da für Licht und Heizung durch opferwillige Genossen ebenfalls gesorgt war, verlief der Abend angenehm und zur vollen Zufriedenheit der Genossen und ihrer Frauen.

Elbinger Polizeinachrichten

Der Diebstahl beim Schneidermeister Albrecht, Johannisstraße ist aufgeklärt. Ein geringer Teil der gestohlenen Sachen konnte dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

Dem Schneidermeister Wypurt, Alter Markt, wurde ein Paket mit Butter beschlagnahmt, das mit der Post verschoben werden sollte.

Ebenso wurde bei einem Agenten St. zirka 14 Kilogramm Schweinefleisch, Wurst, Talg sowie 25 Pfund Eisfiterkäse beschlagnahmt. Die Waren sollten angeblich zu Verwandten nach Danzig geschickt werden.

Der Diebstahl in der Zigarrenfabrik von Adam, Stadthofstr. hat ebenfalls seine Aufklärung gefunden. Die Diebe sind durch Nachtschlüssel in die Lagerräume eingedrungen und haben hier zirka 10 000 Zigarren gestohlen. Ein Teil der gestohlenen Zigarren war bereits gegen Zahlung von 1700 Mark weiterverkauft. Ermittelt worden sind der Schlosser B. und ein gewisser W. Beide bestreiten, an dem Diebstahl beteiligt zu sein und geben an, die Zigarren von einem Unbekannten zum Verkauf erhalten zu haben. Die Hälfte der gestohlenen Zigarren konnte dem Bestohlenen zurück gegeben werden.

Ostdeutsche Nachrichten

Zum Danziger Einigungsstandal

Nach einer Mitteilung des Genossen Crispian an die Redaktion der Elbinger Volksstimme hat der Parteivorstand von dem Einigungsstuddelmuddel in Danzig überhaupt nichts gewußt. Er hat erst aus der bürgerlichen Presse Berlins von der Sache erfahren, als sie fertig war. Crispian meint, wenn die Danziger Einigungssozialisten auf dem Parteitag erscheinen sollten, so würden ihre Mandate jedenfalls für ungültig erklärt werden.

Die Danziger Parteileitung der ehemaligen U. S. P., vor allem der Parteisekretär Mau, hat einen Vertrauensbruch bösester Art begangen, als sie ihre Richtumpolitik ins Werk setzte. Die Zusammensetzung der Danziger Parteileitung ist freilich keine glückliche gewesen. Das war in den Kreisen der im Vordergrund unserer westpreussischen Parteibewegung stehenden Genossen kein Geheimnis. Soviel Hinterhältigkeit, wie Mau aber in dieser Angelegenheit bewiesen hat, hatte niemand erwartet. Ueber den Kopf der Männer hinweg, die ihn im Interesse der unabhängigen Parteibewegung nach dem Osten schickten, ist er der Bettgenosse eines Gehl und Frängel, eines Soistes und eines Dr. Berner geworden.

Mittlerweile wird in Danzig emsig weiter „geeinigt“. Das freie Volk wird in nächster Zeit schon im Volkswachtverlage hergestellt werden. Von Neujahr ab gehen sowohl Volkswacht wie freies Volk ein. An ihre Stelle tritt die „Danziger Volksstimme“. Die aufgestellte Kandidatenliste der

M. S. P. — man befand sich in Danzig bereits mitten im Wahlkampf — ist unter den Tisch geworfen worden. Es wird eine gemeinsame Liste aufgestellt. Ohne großen Scharfblick ist vorauszu sehen, daß diese Frontänderung vier-zehn Tage vor der Wahl schon aus rein technischen Gründen das Wahlergebnis ungünstig beeinflussen muß.

Was wird mit dem fiskalischen Territorium?

Im Elbing-Marienburg Kreis liegt das sogenannte „Elbinger Territorium“. Ursprünglich eine wüste Landfläche, wurde das Gebiet allmählich befestigt, erhielt aber keine Gemeindeverfassung. Die Bewohner haben nur Steuern zu zahlen, sonst aber nichts zu sagen. Gewissermaßen gilt der Staat als Guts herr. Zu diesen Gebieten gehören die unter dem Namen „die Heide“ bekanntesten Ansiedlungen in der Nähe Elbings (Neukirch-Niederung) und im Kreise Marienburg die Ortschaften W o l f s d o r f - N i e d e r u n g, N e u - u n d A l t - H o r s t e r b u s c h, M o b a c h u n d S a k e n d o r f. Die letztgenannten fallen in das künftige Freistaatsgebiet Danzig. Überall sind dort jetzt die Gemeindevahlen ausgeschrieben. Nur in W o l f s -

dorf und den anderen Ortschaften des Territoriums soll nicht gewählt werden, weil hier bisher keine Gemeindevertretung besteht. Alles in allem mögen die Orte, die übrigens zusammenliegen, an 1000 Einwohner zählen. Es ist dringend nötig, daß der Magistrat Danzig eine Stadtverord-nung herausgibt und eine Gemeindevertretung wählen läßt. Daß die Einwohner ihres rechtlosen Zustandes herzlich über-drüssig sind, braucht nicht betont zu werden. Sie erwarten vom Magistrat Danzig die Gerechtigkeit, die ihnen der Staat Preußen hundert Jahre lang vorenthalten hat.

Literatur.

Das Chemnitzer Blutbad am 7. und 8. August 1919. Von der Lebensmitteldemonstration zum Straßentamp. Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen Verrats an der Einheit der Arbeiterschaft von Arno Burchardt. Preis 50 Pfg. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: G. Rudnicki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäfts-stelle, Spierinalstraße 21, zu senden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die
Elbinger Volksstimme
Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
frei Haus — von der Abholestelle
(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Einfuhrzusatztarife 19, Abschnitt B.

Freitag, den 28. November 1919:
100 g Margarine Mark 1,—

Vorstehende 100 g sind zwei Wochenrationen von je 50 g für die Zeit vom 24. November bis 7. Dezember 1919.

- | | | |
|--------------------|----------------------|--------------------|
| Barke, Hermann | Honecker, Paul | Rudolf, Pauline |
| Barwich, Emma | Kaschner, Adolf | Runkel, Otto |
| Beamtenverein | Koch, Heinrich, Hfg. | Salewski, Paul |
| Böhnte, Helene | Kohls, Paul | Sawański, Gustav |
| Bluhm, Joh. Hfg. | Kriescher, J. | Senger, Robert |
| Böttcher, Rich. | Krugli, Mag | Seewald Nachfl. |
| Bratfisch, Luise | Lange, Paul | Siegmuntowski Mf. |
| Consumverein | Lerique, Nachfl. | Schaffner, Emil |
| Dobrich, Joh. | Liedtke, Ernst | Schloß, Ph. |
| Düsterbeck, Julius | Liesau, A. Nachfl. | Schulz, J. A. |
| Eckert, Hermann | Liesau, F. | Schulz, Th. |
| Fietkau, Ernst | Pilenthal, Emil | Stebefeld Nachfl. |
| Foz, Erich | Langfeld, Emil Mf. | Tengelmann, E. |
| Frost, Karl Hfg. | May, Hermann | Thiel, Andreas |
| Frischbutter, W. | Neumann, Elise, Mf. | Thiel, Bernhard |
| Genatowski, A. | Ritsch, Julius | Toussaine, Ida |
| Glodde, Heinrich | Sch, Anton | Trautmann, B. |
| Groß, Gustav | Palin, Katharina | Wagner, Paul |
| Großmann, M. | Preuschhoff, Franz | Werner, Elise |
| Gubba, Justine | Preuß, Feig | Wiederhöft, S. |
| Hahnke, Aug. | Quintern, A. Hfg. | Winter, Bruno |
| Heyden, W. Nachfl. | Regier, Hermann | Wölty, Ed. Nachfl. |
| Horst, Irene | Renfant, Adolf | Zech, Betty |

Die Neubelieferung von Margarine wird von der Provinzialfettstelle von der prompten Rücksendung der leeren Gebinde abhängig gemacht. Wir ersuchen daher, die leeren Gebinde am Freitag, den 5. Dezember, in gutem Zustande an die Verteilungsstelle zurückzugeben, andernfalls das Pfand nicht zurückerstattet wird.

Wir weisen darauf hin, daß die Räumung von Margarine sofort dem Ernährungsamt bekannt zu geben ist, und werden wir in Zukunft nur solchen Geschäften Margarine zur Verteilung überweisen, welche unsere Vorschriften befolgen.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Petroleum-Ausgabe auf Marke 6

1/4 Liter.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Fischverkauf.

Nach § 73 der Straßenpolizei-Verordnung vom 21. April 1913 darf der Verkauf von Fischen nur auf der sogenannten Fischbrücke stattfinden. Die Polizeiverwaltung ist ersucht worden, für die Folge die Beachtung dieser Bestimmung zu überwachen und Uebertretungen zur Anzeige zu bringen. Außerdem werden Fischverkäufer, die auf einem anderen Verkaufsstande angetroffen werden, durch Entziehung der Ausweisarte vom Fischhandel ausgeschlossen werden. Ausweisarten werden von unserem Beauftragten, Herrn Dolle, ausgegeben.

Elbing, den 27. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Sensations-Spielplan von Freitag bis Montag:

„Die Panterbraut“

Das indische Abenteuer des Detektivs Joe Deeb in 4 Akten.

„Herr über Leben und Tod“

Chetragödie in 4 Akten

oder: Die Unehre des Weibes.

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 24. Novbr.:

Flachsmann

als Erzieher

Lustspiel in 4 Akten von Otto Ernst.

Morgen, Freitag:

Robfleisch — Schieres

und Klopsverkauf.

Metzner, Hauptstr. 45, Tel. 659

Reichels

Litor-Essenzen

vorrätig

Drogerie

Kurt Penner

Heil. Geistsstraße 31.

Max Kusch

Inh: Eugen Frentzel

Hauptgeschäft: Hl. Geiststr. 19/20

Nebengeschäft: „ „ 21

II. Geschäft: Brückstrasse 13

— Fernruf 140 —

Porzellan, Steingut, Glas

Emaill-Waren

Wirtschafts-Artikel

: Aluminium :

Geschenkartikel in größter Auswahl.

U.S.P. Wähler-Versammlung! U.S.P.

Freitag, den 28. d. Mts., abends 6 Uhr, im Volkshaus.

Tagesordnung: „Das Gebot der Stunde“.

Referent: Genosse Baude.

Angestellte! Frauen! Arbeiter!

Es geht um eure Zukunft, darum erscheint in Massen!

Die Parteileitung.

Wollt Ihr guten Tabak haben, Herz und Nase Euch zu haben, Müßt Ihr nur zu Wein hin-Laufen.

Fein ist er nur dort zu kaufen. Himmelsluft werd' Ihr

Genießen,

Werd' Ihr dessen Tabak pfeifen!

Und das minderwertig Kraut

Ihr dann in den Ofen haut,

Was Ihr anderswo gekauft.

Gesundheitstabal,

grüner Roivoner,

gelber Rachtinski,

Rautabak,

türkischer Schagtabak

in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. Otto Wein

Zigaretten- und

Tabakhandlung.

am Amtsgericht.

C.T. Brückstrasse 15 C.T.

Von Freitag bis Montag

Die gefährliche Abenteuerin.

Ein spannendes Wild-West-Drama in 5 langen Akten.

In der Titelrolle die hier sehr beliebte Künstlerin Maria Vidal.

Sanatorium zum siebenten Himmel.

Lustspiel in 3 Akten.

Ein Lacherfolg ohne gleichen!

Niemand veräume das hochinteressante Programm!

Tägl. Vorstellung, v. 6 1/2—10 1/4 Uhr, Sonntags v. 3—10 Uhr.

Geschäftsöffnung.

Ich habe mit dem heutigen Tage

Johannisstraße 16

ein

Zigarrengeschäft

eröffnet und werde bemüht sein, meiner geehrten

Kundschaft auch in diesem Lokal nur erstklassige

Qualitäten (keine Ersatzware) in Zigaretten,

Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak

zu angemessenen Preisen zu liefern.

Um gütige Unterstützung bittend, empfehle ich mich

Schachachtungsvoll

Georg Cohn, Junterstraße 43 u. Johannisstraße 16.

Puppen=Berücken

werden sauber und billigt angefertigt

Erich Dautert, gegenüber dem Landratsamt.

Jüngerer Sachmann für Spiegelfabrikation

in dauernde Stellung bei hoher Bezahlung zu

sofort gesucht.

Offerten unter E 20 an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Raucher! Zigarren Raucher!

eigene Fabrikate

sind wieder da bei der Firma

Gustav Dietschreit

Inhaber Hermann Kusch

Innerer Mühlendamm 12 :: Telephon 649

wie allbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg. usw.

Verkaufszeit der billigen Zigarren bis 70 Pfennig:

Dienstag u. Freitag vorm. von 9—11 Uhr, nachm. von 3—4 1/2 Uhr.

Gleichzeitig empfehle ich mein

reichhaltiges Lager in Zigaretten, Rauch-, Kau- und

Schnupftabake sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher!

Ob sich wohl Elbing könnte freuen, Wenn alles das, was die Parteien Im Wahlprogramm jetzt frei entfalten, In Zukunft liebe ausgestalten? Der Mittelstand dagegen spricht:

„Wo's Geld herkommt, das fragt man nicht! Jetzt, nach den schweren Kriegsnotjahren, Sollt' man doch denken mehr ans Sparen!“ Damit die Schuld nicht größer mehr Wählt nur die Liste Wegmann-Zehr!

Familienanzeigen Kaufgesuche Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme“

die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als

wirkames Anzeigenorgan!

Bügel-Anstalt

Junterstraße 30

empfiehlt sich zum Bügeln,

Reinig., Ausbessern, Wenden.

Sportkare zu verkaufen

Gr. Wunderberg 35, I, rechts.

Verbandkartons

Pack- und Pergament-

papier empfiehlt

Baschek, Herrenstr. 36.

Elbinger Standesamt

vom 27. November.

Sterbefälle: Eiget-

tilmerfrau Franziska Roblitz

geb. Dorchert, 69 J.